

CONV 517/03

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

des Sekretariats
für den Konvent

Betr.: Von Herrn Íñigo Méndez de Vigo y Montojo übermittelte Entschlüsseungen des Europäischen Parlaments:
"Rolle der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften im europäischen Aufbauwerk"
"Typologie der Rechtsakte und der Hierarchie der Normen in der Europäischen Union"

Der Generalsekretär des Konvents hat von Herrn Íñigo Méndez de Vigo y Montojo, Mitglied des Konvents, die in der Anlage wiedergegebenen Dokumente erhalten, auf die er die Mitglieder des Konvents aufmerksam machen möchte:

- Entschlieöung des Europäischen Parlaments vom 14. Januar 2003 zu der Rolle der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften im europäischen Aufbauwerk
- Entschlieöung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2002 zu der Typologie der Rechtsakte und der Hierarchie der Normen in der Europäischen Union.

Regionale und lokale Gebietskörperschaften

Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Rolle der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften im europäischen Aufbauwerk (2002/2141(INI))

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf den am 26. Februar 2001 in Nizza unterzeichneten Vertrag und insbesondere Ziffer 6 der Erklärung Nr. 23 zur Zukunft der Union,
 - unter Hinweis auf die Erklärung des Europäischen Rates von Laeken vom 15. Dezember 2001 zur Zukunft der Europäischen Union,
 - unter Hinweis auf das Weißbuch der Kommission "Europäisches Regieren" ¹ sowie seine diesbezügliche Entschließung vom 29. November 2001 ²,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 16. Mai 2002 zur Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten ³,
 - unter Hinweis auf den regionalen Aufbau jedes Mitgliedstaates in Übereinstimmung mit seiner jeweiligen Verfassung,
 - unter Hinweis auf die Charta der Grundrechte der Europäischen Union,
 - unter Hinweis auf die Gemeinschaftscharta der Regionalisierung ⁴,
 - unter Hinweis auf Artikel 265 des EG-Vertrags,
 - gestützt auf die Artikel 53 und 163 seiner Geschäftsordnung,
 - unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses der Regionen vom 21. November 2002 zur Rolle der Regionen und Kommunen im europäischen Aufbauwerk ⁵,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für konstitutionelle Fragen sowie der Stellungnahmen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und des Ausschusses für die Rechte der Frau und Chancengleichheit (A5-0427/2002),
- A. in der Erwägung, dass die Europäische Union auf der zweifachen Legitimität der Staaten und der Bürger beruht; mit der Feststellung, dass sich in den vergangenen Jahrzehnten parallel zum Prozess des europäischen Aufbauwerks in den meisten Mitgliedstaaten eine zunehmende Tendenz hin zur Regionalisierung bzw. Dezentralisierung gezeigt hat, was die Verantwortlichkeiten zahlreicher Gebietskörperschaften im Hinblick auf die Gestaltung der Rechtsvorschriften und Politiken der Europäischen Union sowie bei ihrer Umsetzung und Überwachung

¹ ABl. C 287 vom 12.10.2001, S. 1.

² ABl. C 153 E vom 27.6.2002, S. 314.

³ P5_TA(2002)0247.

⁴ Gemeinschaftscharta der Regionalisierung, angenommen vom Europäischen Parlament am 18. November 1988, Artikel 23 Absatz 1 (ABl. C 326 vom 19.12.1988, S. 289).

⁵ Stellungnahme AdR 237/2002.

verstärkt und den Gebietskörperschaften ein neues Bewusstsein ihrer Rolle in Europa gegeben hat; ebenfalls mit der Feststellung, dass die institutionelle Praxis häufig über die rechtlichen Bestimmungen hinaus geht,

- B. mit der Feststellung, dass dieses Phänomen mit einer reichen nationalen, kulturellen und institutionellen Vielfalt einhergeht, wofür das Verfassungs- und das Verwaltungsrecht der Mitgliedstaaten ein Beleg ist,
- C. in der Überzeugung, dass die Europäische Union angesichts der Herausforderungen, der Möglichkeiten und der Ungewissheiten aufgrund der Globalisierung gleichzeitig ihre Fähigkeit zu globalem Handeln und ihre Fähigkeit zur Gewährleistung des Zusammenhalts und der Mitwirkung der Bürger, wie sie die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften sicherstellen, entwickeln muss,
- D. in der Erwägung, dass in den vergangenen Jahren ein größeres Bewusstsein entstanden ist für die Funktionen und die Autonomie der verschiedenen regionalen und lokalen Verwaltungen in den Mitgliedstaaten, dass regionale und lokale Verwaltungen eine wichtige Rolle dabei spielen können, die Europäische Union näher an die Bürger zu bringen, was ein wichtiger Punkt im Nizza-Prozess ist, und dass im Weißbuch der Kommission „Europäisches Regieren“ eine engere Zusammenarbeit zwischen den europäischen Institutionen, nationalen Regierungen, regionalen und lokalen Verwaltungen und der Zivilgesellschaft empfohlen wird,
- E. in dem Bewusstsein, dass die Regionen und die Kommunen auf vielfältige Weise zum Gelingen des europäischen Einigungswerks beitragen: durch die Anwendung des europäischen Rechts auf regionaler Ebene und vor Ort, durch internationale Partnerschaften und in den Grenzregionen durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit,
- F. unter Hinweis darauf, dass in der Präambel der Charta der Grundrechte Folgendes verfügt wird: „Die Union trägt zur Erhaltung und Entwicklung (der) gemeinsamen Werte unter Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas sowie der nationalen Identität der Mitgliedstaaten und der Organisation ihrer staatlichen Gewalt auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene bei“,
- G. in dem Bewusstsein, dass die Erhaltung und die Stärkung der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung in den verschiedenen europäischen Ländern einen wichtigen Beitrag zum Aufbau Europas auf der Grundlage der Grundsätze der Demokratie, der Nähe und der Dezentralisierung der Macht darstellt,
- H. mit der Feststellung, dass jede demokratische Legitimität, mit der sich die Institutionen auf sämtlichen Ebenen des Regierens ausgestattet haben, ihren eigenen Wert und ihre eigene Daseinsberechtigung hat und dass man von einer bürokratischen und pyramidenförmigen Konzeption des institutionellen Systems der Union abrücken muss,
- I. in der Erwägung, dass die Europäische Union für eine größere Mitwirkung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften am europäischen Beschlussfassungsprozess ab der Phase der Vorbereitung der gemeinschaftlichen Politiken und Rechtsakte Sorge tragen und sollte außerdem eine bessere Zusammenarbeit mit den Körperschaften gewährleisten muss, die mit der tatsächlichen Ausführung der Beschlüsse der Union beauftragt sind,
- J. unter Hinweis darauf, dass es nach Artikel 203 des EG-Vertrags bereits möglich ist, dass Minister von regionalen Regierungen den Ratsdelegationen ihrer jeweiligen Mitgliedstaaten angehören können, wenn dies mit der verfassungsmäßigen Kompetenzverteilung des betreffenden Staates im Einklang steht,
- K. im Bewusstsein der Forderung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften nach Stärkung ihrer Rolle im Beschlussfassungsprozess; in der Überzeugung, dass diese Forderung ausgelegt und erfüllt werden muss, ohne das institutionelle Gleichgewicht in Frage zu stellen, auf dem bisher der Erfolg der Gemeinschaft und der Union beruhte und das mit Blick auf die Herausforderung der Erweiterung auf 25 oder mehr Mitgliedstaaten konsolidiert werden muss,

- L. unter Bekräftigung der Legitimität und der wesentlichen Rolle des Ausschusses der Regionen als institutionellem Ansprechpartner der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften im Rahmen der Union,
- M. in dem Bewusstsein des europäischen Engagements der regionalen und Kommunalparlamente, die ebenfalls die Gelegenheit nutzen müssen, sich zu europäischen Vorhaben zu äußern,
- N. angesichts der Bedeutung der Arbeit der Konferenz der Gemeinden und Regionen in Europa (CLRAE), der Versammlung der Regionen Europas (VRE), der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG), der Konferenz der peripheren Küstenregionen (CPRM), des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und von Eurocities, die auf europäischer Ebene demokratische lokale und regionale Strukturen und die grenzübergreifende und interregionale Zusammenarbeit fördern,

Annäherung der Union an die Bürger

- 1. ist der Ansicht, dass die Union mit Blick auf ihre Annäherung an die Bürger neue Methoden der Partizipation entwickeln muss, mit denen die Schlüsselrolle der regionalen und lokalen Gebietseinheiten anerkannt wird, insbesondere im Prozess der Vorbereitung der gemeinschaftlichen Beschlüsse und bei der Umsetzung der Politiken der Union, was die Zustimmung der Bürger zur Weiterentwicklung des Projekts der europäischen Integration nur verstärken kann;
- 2. fordert, dass in den einschlägigen Bestimmungen der europäischen Verfassung die Rolle der Regionen, Provinzen, Kommunen und jeder anderen die Mitgliedstaaten bildenden territorialen Organisation bei der Verfolgung der Ziele der Europäischen Union anerkannt wird; fordert daher, dass in der europäischen Verfassung die Ausübung, Anwendung und Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips genau festgelegt wird; fordert außerdem, dass die Regierung, wenn die Umsetzung von Richtlinien in nationales Recht in ihre Zuständigkeit fällt, hinsichtlich der Wahl der Methoden über die gleiche Flexibilität verfügen wie die nationalen Behörden, wenn letztere zuständig sind; fordert darüber hinaus die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, interne Mechanismen für die Beteiligung der Regionen und der Gebietskörperschaften, insbesondere der mit Legislativbefugnissen ausgestatteten Körperschaften¹ an der Gesamtheit des Prozesses der Willensbildung des Staates auf dem Gebiet der europäischen Angelegenheiten, die für sie von spezifischem Belang sind, zu verstärken;

Partizipative Vertretung

- 3. unterstützt die Forderung des Ausschusses der Regionen, dass die neue Verfassungsordnung der Europäischen Union die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung als Teil des gemeinschaftlichen Besitzstands einschließt, um eine Union zu verwirklichen, die auf den Grundsätzen der Demokratie und der Transparenz² sowie auf den Methoden des Dialogs und der Zusammenarbeit beruht;
- 4. fordert die Kommission auf, in die Vorbereitung der Rechtsakte und in die Ausarbeitung der gemeinschaftlichen Politiken uneingeschränkt und kontinuierlich diejenigen einzubeziehen, denen ihre Durchführung obliegt, wobei der nationale Rahmen die Modalitäten der Einbeziehung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in diese Vorbereitungsarbeit bestimmt; wünscht, dass das Streben nach Vereinfachung der Funktionsweise der Union mit der Eröffnung neuer Möglichkeiten der Mitwirkung für sämtliche – jetzigen oder künftigen – Akteure auf europäischer Ebene einhergeht;

¹ Siehe Synthesebericht über die Plenartagung des Konvents vom 3. und 4. Oktober 2002 (Dok. CONV 331/02, S. 9).

² Stellungnahme des Ausschusses der Regionen, AdR 237/2002, Ziff. 1.21.

5. bekräftigt seine Unterstützung für das Konzept des Weißbuchs der Kommission "Europäisches Regieren", das die Regionen und Kommunen als Mittler zwischen den Bürgern und den europäischen Institutionen begreift; wünscht, dass neben der direkten Konsultation der regionalen und kommunalen Interessen die Anhörung in erster Linie über den Ausschuss der Regionen oder über die repräsentativsten Vereinigungen zur Wahrnehmung der regionalen, lokalen und städtischen Interessen erfolgt; fordert die Kommission deshalb auf, die grundsätzlichen Vorschlägen, die in diesem Sinne im Weißbuch "Europäisches Regieren" enthalten sind, weiterzuverfolgen;
6. begrüßt die Vorlage von Vorschlägen der Kommission zur Möglichkeit von „Dreier-Abkommen“ zwischen der Union, den Mitgliedstaaten und den von diesen benannten Gebietskörperschaften und wird sie insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Vorrechte des Europäischen Parlaments eingehend prüfen;
7. schlägt eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den regionalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament vor, insbesondere im Rahmen seines Ausschusses für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr;

Zugang zum Gerichtshof

8. fordert den Konvent auf, zu gewährleisten, dass Regionen und sonstige Gebietskörperschaften – angesichts des Subsidiaritätsprinzips und wenn ihre Vorrechte durch einen Gemeinschaftsakt unmittelbar verletzt worden sind – ihre Rechte unter der Autorität des betreffenden Mitgliedstaats in Einklang mit seinem Verfassungsrecht oder seinen nationalen Rechtsvorschriften vor dem Gerichtshof verteidigen können;
9. erinnert daran, dass die Festlegung der jeweiligen Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten und der Regionen in konkreten Fällen auf jeden Fall ausschließlich den Verfassungsgerichten oder anderen vom Verfassungsrecht der Mitgliedstaaten zu diesem Zweck vorgesehenen Organen obliegt;
10. schlägt vor, dem Ausschuss der Regionen das Recht auf Anrufung des Gerichtshofs im Falle einer mutmaßlichen Verletzung des Subsidiaritätsprinzips oder zur Wahrung seiner Rechte einzuräumen;

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

11. erinnert daran, dass grenzübergreifende Zusammenarbeit eine europäische Aufgabe und ein politisches Ziel der Europäischen Union ist; fordert die Kommission auf, in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und den regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf allen Ebenen, insbesondere zwischen benachbarten Regionen, zu fördern; fordert die Kommission auf, einen Entwurf eines Statuts auszuarbeiten, das die praktische Umsetzung dieser grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erleichtert;

Konvent

12. begrüßt es, dass das Präsidium des Konvents eine Aussprache über die Rolle der Regionen und Gebietskörperschaften vorgesehen hat, die am 6. und 7. Februar 2003 stattfinden soll;
13. schlägt die folgenden Änderungen an den Verträgen vor:
 - a) Hinzufügung des folgenden Ziels in Artikel 2 Absatz 1 EUV „– die Förderung des territorialen Zusammenhalts“;
 - b) Artikel 6 Absatz 3 EUV mit folgender Neufassung: "Die Union achtet die nationalen Identitäten ihrer Mitgliedstaaten sowie deren innerstaatlichen Aufbau und die Selbstverwaltung der Regionen und Gemeinden";
 - c) in Artikel 5 Absatz 2 EGV nach „der Mitgliedstaaten“ Einfügung: „oder der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften auf der Grundlage der Befugnisse, die ihnen nach dem Recht des betreffenden Mitgliedstaates zuerkannt werden;“ (Rest unverändert);

- d) Artikel 10 Absatz 1 Satz 1 EGV mit folgender Neufassung: „Die Mitgliedstaaten sowie nach Maßgabe der jeweiligen Verfassungsordnung deren regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften treffen im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten alle geeigneten Maßnahmen allgemeiner oder besonderer Art zur Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus diesem Vertrag oder aus Handlungen der Organe der Gemeinschaft ergeben“;
- e) Einfügung des folgenden neuen Artikels 10a EGV: „Die regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften der Mitgliedstaaten beteiligen sich in den durch die nationalen Rechtsvorschriften vorgesehenen Bereichen an der Verwirklichung der Ziele und an der Stärkung der Politik der Union“;
- f) Einfügung des folgenden neuen Artikels 151a EGV: „Die Gemeinschaft achtet und fördert im Rahmen ihrer Zuständigkeiten die sprachliche Vielfalt in Europa, einschließlich der Regional- oder Minderheitensprachen als Ausdruck dieser Vielfalt, indem sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und andere geeignete Instrumente zur Förderung dieses Ziels einsetzt“;
- g) Anfügung des folgenden Absatzes in Artikel 158 EGV: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, die grenzübergreifende Zusammenarbeit an ihren Binnen- und Außengrenzen zu fördern sowie den dafür notwendigen rechtlichen Rahmen zu schaffen und das Statut der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit umzusetzen“;
- h) Anfügung des folgenden Gedankenstrichs in Artikel 211 EGV: „– ihre Tätigkeit in einem Geist der gegenseitigen Partnerschaft mit den Mitgliedstaaten und deren regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften zu entfalten“;
- i) Einfügung des folgenden Absatzes in Artikel 230 EGV nach Absatz 3: „Der Gerichtshof ist ebenfalls zuständig für Nichtigkeitsklagen, die vom Ausschuss der Regionen gegen Rechtsakte, die das Subsidiaritätsprinzip verletzen können, oder zur Wahrung seiner Rechte erhoben werden“;
- j) Anfügung des folgenden Absatzes in Artikel 265 EGV: „Der Rat und die Kommission nehmen regelmäßig einen mit Gründen versehenen Bericht über die im Anschluss an die Stellungnahmen des Ausschusses der Regionen getroffenen Maßnahmen an“;
- 14. wünscht, dass Artikel 299 Absatz 2 EGV betreffend die Regionen in äußerster Randlage konsolidiert wird;

o
o o

- 15. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, dem Ausschuss der Regionen, den Parlamenten der Mitgliedstaaten und der Beitrittsländer sowie dem Europäischen Konvent zu übermitteln.

Rechtsakte und Normenhierarchie

Entschlieung des Europäischen Parlaments zu der Typologie der Rechtsakte und der Hierarchie der Normen in der Europäischen Union (2002/2140(INI))

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis der Erklärung des Europäischen Rats von Laeken vom 15. Dezember 2001 über die Zukunft der Europäischen Union ¹,
 - unter Hinweis auf seine Entschlieung vom 18. April 1991 zur Art der gemeinschaftlichen Rechtsakte ²,
 - unter Hinweis auf seine Entschlieung vom 13. April 2000 mit seinen Vorschlägen für die Regierungskonferenz ³,
 - unter Hinweis auf seine Entschlieung vom 29. November 2001 zum Verfassungsprozess und zur Zukunft der Union ⁴,
 - unter Hinweis auf seine Entschlieung vom 29. November 2001 zu dem Weißbuch der Kommission „Europäisches Regieren“ ⁵,
 - unter Hinweis auf seine Entschlieung vom 5. Februar 2002 zur Umsetzung der Rechtsvorschriften im Bereich der Finanzdienstleistungen ⁶,
 - unter Hinweis auf seine Entschlieung vom 16. Mai 2002 zur Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten ⁷,
 - gestützt auf Artikel 163 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (A5-0425/2002),
- A. in der Erwägung, dass die Hierarchie der Rechtsnormen der Union nach zwei verschiedenen Strängen strukturiert ist:
- einer horizontalen Hierarchie zwischen den Rechtsakten der Union und denjenigen der Mitgliedstaaten gemäß den folgenden drei Grundsätzen: die gemeinrechtliche Zuständigkeit liegt bei den Mitgliedstaaten; die der Union übertragenen Zuständigkeiten gründen auf den Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit; die gemeinschaftsrechtlichen Rechtsakte haben Vorrang vor den Rechtsakten der Mitgliedstaaten,
 - einer vertikalen Hierarchie zwischen den einzelnen Kategorien von Rechtsetzungsakten der Union: Verträge, Richtlinien, Verordnungen, Einzelbeschlüsse;
- B. in der Erwägung, dass vorbehaltlich einiger begrenzter Änderungen die Aufgliederung

¹ Schlussfolgerungen des Vorsitzes – Anlage I.

² ABl. C 129 vom 20.5.1991, S. 136.

³ ABl. C 40 vom 7.2.2001, S. 409.

⁴ ABl. C 153 E vom 27.6.2002, S. 310.

⁵ ABl. C 153 E vom 27.6.2002, S. 314.

⁶ P5_TA(2002)0035.

⁷ P5_TA(2002)0247.

zwischen den Rechtsakten der Union und denjenigen der Mitgliedstaaten hinreichend ist und das im EG-Vertrag vorgesehene Angebot an Rechtsinstrumenten die Möglichkeit bietet, den Bedürfnissen effizient zu entsprechen, da es auf einer doppelten Unterscheidung beruht:

- auf der Unterscheidung zwischen einerseits den Richtlinien, die die Zielsetzungen des Tätigwerdens der Union festlegen, den Mitgliedstaaten aber die Festlegung und Umsetzung der entsprechenden Mittel überlassen, und andererseits den Verordnungen, die in allen ihren Teilen verbindlich sind und unmittelbar gelten,
- sowie auf der Unterscheidung zwischen den verbindlichen Rechtsakten einerseits, nämlich den Richtlinien und Verordnungen, und den auffordernden Rechtsakten andererseits, wie etwa den Stellungnahmen und Empfehlungen;

C. in der Erwägung, dass es jedoch angebracht erscheint:

- das Verfahren zur Festlegung der Zuständigkeiten der Union dahingehend zu reformieren, dass ein Gremium wie der Europäische Konvent institutionalisiert und verstärkt an der Ausübung der konstituierenden Befugnisse der Unionsbürger beteiligt wird, da ein solches Gremium unmittelbarer repräsentiert als die bloßen nationalen Regierungen und eher als diese in der Lage ist, die zweifache Forderung nach Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit bei der Festlegung der Zuständigkeiten zu berücksichtigen,
- die bestehenden Rechtsinstrumente wie die "Richtlinie" und die "Verordnung" im Hinblick auf eine stärkere Berücksichtigung des Intensitätskriteriums bei den Maßnahmen der Union stärker zu spezialisieren,
- Bereitstellung von Instrumenten zur Koordinierung der nationalen Politiken bereitzustellen, um eine größere Effizienz der vom Europäischen Rat beschlossenen Aktionsstrategien zu gewährleisten;

D. in der Erwägung, dass andererseits die Strukturierung der Rechtsetzungsakte der Organe der Union alles andere als befriedigend ist, und zwar aus zwei wesentlichen Gründen:

- der im EG-Vertrag und im EU-Vertrag, insbesondere in dessen Titel VI vorgesehenen Dualität der Interventionsinstrumente der Union,
- der grundlegenden Uneinheitlichkeit der einzelnen Kategorien, in denen die Rechtsakte der Gemeinschaft zusammengefasst sind, und die sich daraus ergibt, dass für die einzelnen Rechtsakte jeder Kategorie keine einheitlichen Rechtsetzungsinhalte, kein einheitliches Annahmeverfahren und keine besondere Bezeichnung vorgesehen sind;

E. in der Erwägung, dass es folglich einer umfassenden Überarbeitung der Nomenklatur der Rechtsakte der Union bedarf, um

- die vom EG-Vertrag und vom EU-Vertrag vorgesehenen Rechtsinstrumente zu vereinheitlichen,
- einheitlichere Kategorien von Rechtsakten vorzusehen, die durch die Funktion, das Annahmeverfahren und ihre Bezeichnung definiert sind: konstitutionelle Rechtsakte, gesetzgebende Rechtsakte einschließlich haushaltsspezifische Rechtsakte und durchführungsspezifische Rechtsakte;

F. in der Erwägung, dass die bislang einmalige Zunahme der Anzahl der Mitgliedstaaten und die Bestätigung eines aus zwei Teilen, dem Europäischen Parlament und dem Rat, bestehenden und nach dem Verfahren der Mitentscheidung handelnden Gesetzgebers, zusammengenommen eine tief greifende Umstrukturierung der Durchführungsbefugnisse, wie sie insbesondere in Artikel 202 EGV geregelt sind, auf der Grundlage folgender zwei Prinzipien rechtfertigen:

- die ausübende Gewalt soll nicht der Rat sein, der im Laufe der Erweiterungen dazu

tendiert, sich zu einer gesetzgebenden Versammlung zu entwickeln, sondern die Kommission und, im Rahmen ihrer jeweiligen territorialen Zuständigkeit, die Mitgliedstaaten oder auch ausnahmsweise davon eine Fachagentur oder ein Selbstregulierungsgremium,

- die Durchführungsbefugnis muss nach den von der Legislative festgelegten Verfahren und in den von ihr festgesetzten Grenzen sowie unter Aufsicht beider Teile der Legislative ausgeübt werden;

1. empfiehlt die Erstellung einer grundlegend überarbeiteten Typologie der Rechtsakte der Union auf der Grundlage folgender drei Prinzipien:

- Grundsatz der Vereinfachung, mit dem Ziel, die Dualität der im EU-Vertrag und im EG-Vertrag vorgesehenen Rechtsinstrumente zu beenden und eine einheitliche Rechtsordnung zu schaffen, indem die derzeit in den Titeln V und VI des EU-Vertrags geltenden besonderen Rechtsinstrumente durch gemeinschaftliche Rechtsinstrumente ersetzt werden, da nur die gemeinschaftlichen Verfahren wie das Initiativrecht der Kommission, die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit, das Mitentscheidungsverfahren und die Kontrolle durch den Gerichtshof in der Lage sind, alle erforderlichen Garantien in Bezug auf Effizienz, Demokratie und Rechtssicherheit zu bieten,
- Grundsatz der Spezialisierung auf der Grundlage der Regel „eine Norm, ein Verfahren, ein Name“, was eine funktionelle Klassifizierung der Rechtsakte der Union – konstitutionell, gesetzgebend und durchführungsspezifisch – voraussetzt sowie die Erstellung einer strikten Korrelation zwischen dem normativen Inhalt, dem Annahmeverfahren und der Bezeichnung der Rechtsakte nach Maßgabe der drei genannten funktionellen Kategorien,
- Grundsatz der Demokratisierung, der voraussetzt, dass die Reform der juristischen Nomenklatur nicht ohne Eingriffe in das bestehende Recht vorgenommen wird, sondern durch signifikante demokratische Weiterentwicklungen erfolgt, wobei die Befugnis der im Rahmen allgemeiner Wahlen gewählten Vertreter durch angemessene Verfahren sowohl für die Erarbeitung der konstitutionellen und gesetzgebenden, einschließlich der haushaltsspezifischen Rechtsakte als auch für die Kontrolle der aufgrund einer Ermächtigung der Legislative erlassenen Durchführungsbestimmungen systematisch gestärkt werden muss; dieser Grundsatz beinhaltet insbesondere, dass ausgeschlossen sein muss, dass ein gesetzgebender, haushaltsspezifischer oder durchführungsspezifischer Rechtsakt im Rahmen eines Verfahrens angenommen werden kann, das nicht die Gleichheit der beiden Teile der Gesetzgebungsbehörde, Rat und Parlament, berücksichtigt;

2. empfiehlt daher dem Europäischen Konvent, in der künftigen Verfassung der Union drei Kategorien von normativen Rechtsakten vorzusehen, für die jeweils relativ einheitliche Annahmeverfahren gelten und die über jeweils besondere und sinnvolle Bezeichnungen verfügen;

Das konstitutionelle Segment

Zusammensetzung

3. schlägt vor, dass das konstitutionelle Segment aus einem einzigen Rechtsakt besteht, der in zwei Teile unterteilt ist: Teil A, die Verfassung, sollte die Grundrechte, die Zielsetzungen und Grundsätze der Union, die ihr übertragenen Befugnisse sowie die Organe und Verfahren, die die Tätigkeiten dieser Organe regeln, festlegen; dieser Teil enthält auch die Charta der Grundrechte; Teil B sollte sämtliche, derzeit in den Verträgen enthaltenen Bestimmungen enthalten, die weder in die Verfassung übernommen noch durch diese hinfällig würden, insbesondere die Bestimmungen zu den Grundsätzen in Bezug auf die sektoriellen Politikbereiche der Union; die Teile A und B sollten unterschiedlichen Änderungsverfahren unterliegen;

Form

4. stellt fest, dass die Verfassung die Form eines von den Mitgliedstaaten unterzeichneten und nach ihren jeweiligen verfassungsrechtlichen Verfahren ratifizierten völkerrechtlichen Rechtsakts beibehält; die Verfassung kann demnach nur die Form eines konstitutionellen Vertrags erhalten;

Verfahren

5. ist der Auffassung, dass das Verfahren zur Vertragsrevision abgeändert werden sollte, um die demokratische Weiterentwicklung, die die entscheidende Beteiligung eines Konvents, dessen Mitglieder mehrheitlich im Rahmen allgemeiner Wahlen gewählt wurden, an der Erarbeitung der Verfassung darstellt, zu konsolidieren; es wäre angezeigt, vorzusehen, dass der Europäische Rat die von einem nach dem Muster des derzeitigen Europäischen Konvents gebildeten Konvent erarbeiteten Entwürfe von Änderungen zum Verfassungsvertrag annimmt; falls der Europäische Rat den ihm unterbreiteten Entwurf abzuändern gedenkt, sollten die vorgesehenen Änderungen dem Europäischen Konvent zur Billigung unterbreitet werden,

Das gesetzgebende Segment

6. schlägt vor, dass das gesetzgebende Segment aus allen Rechtsakten besteht, die von beiden Teilen der Gesetzgebungsbehörde, Europäisches Parlament und Rat, die mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission beschließen, im Verfahren der Mitentscheidung angenommen werden; diese Rechtsakte betreffen folgende Kategorien:
 - das Gesetz: es ist in all seinen Teilen verbindlich und unmittelbar anwendbar; es bestimmt notwendigerweise die wesentlichen Grundsätze, die allgemeinen Leitlinien und die wesentlichen Bestandteile der für deren Durchführung zu ergreifenden Maßnahmen; es legt insbesondere die Rechte und Pflichten natürlicher und juristischer Personen sowie die Art der für sie in allen Mitgliedstaaten geltenden Garantien fest; das Gesetz legt Ziel und Umfang der Maßnahmen fest, die delegiert werden sollen¹; die Gesetze, die den rechtlichen, zeitlichen und finanziellen Rahmen der Aktionsprogramme der Union festlegen und Umfang, Verteilung und Ausführungszeitplan der erforderlichen Haushaltsmittel vorsehen, werden als Programmgesetze² bezeichnet,
 - das Rahmengesetz, das die Mitgliedstaaten in Bezug auf die zu erzielenden Ergebnisse bindet, das aber den nationalen Behörden die Zuständigkeit in Bezug auf die zur Erreichung dieser Ziele anzuwendenden Mittel überlässt³; abgesehen von den ausdrücklich von der Legislativbehörde vorgesehenen Ausnahmen verabschieden die europäischen Organe keine Verwaltungsmaßnahmen zur Umsetzung der Rahmengesetze, da diese in die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen;
 - das Organgesetz, das die für die ordnungsgemäße Arbeit der Organe erforderlichen Bestimmungen festlegt, die aber eines gewissen Anpassungsvermögens der Annahmeverfahren bedürfen, das mit dem Verfassungsverfahren unvereinbar ist: der Beschluss über die Eigenmittel, die Haushaltsordnung, die Bestimmungen über das Wahlsystem und die Wahlordnung für die Wahl zum Europäischen Parlament, die Satzung des Gerichtshofs und des Rechnungshofs, die in verschiedenen interinstitutionellen Vereinbarungen enthaltenen Bestimmungen, die auf der Grundlage des derzeitigen Artikels 308 EGV erlassenen Rechtsakte;
 - die Finanzgesetze, die zwei Arten von Rechtsakten umfassen:

¹ Das Gesetz soll die derzeitige legislative Verordnung ersetzen, mit Ausnahme der Verordnungen über die gemeinschaftlichen Interventionsprogramme.

² Die Programmgesetze sollen die legislativen Verordnungen über die gemeinschaftlichen Aktionsprogramme in Bereichen wie Strukturentwicklung, Forschung oder auch Hochschulwesen und Mobilität ersetzen.

³ Das Rahmengesetz soll die derzeitige Richtlinie ersetzen.

- das Gesetz über die Finanzielle Vorausschau, mit dem die Finanzplanung der Union für die Dauer von fünf Jahren erstellt und die Obergrenze der zulässigen jährlichen Ausgaben, die sektoriellen Höchstbeträge für den gesamten Planungszeitraum, die Nomenklatur der sektoriellen Rubriken und die Bedingungen zur Ausübung der Haushaltsdisziplin festgelegt werden,
- das jährliche Haushaltsgesetz, das als der Haushalt der Union bezeichnet wird, sowie die Finanzberichtigungsgesetze, die weiterhin als Berichtigungs- und Nachtragshaushalt (BNH) bezeichnet werden; hierbei handelt es sich um die Rechtsakte, mit denen die Haushaltsbehörde die Beibehaltung der Haushaltsmittel und die Ausführung der Ausgaben während eines Haushaltsjahres von zwölf Monaten sowie Änderungen am ursprünglichen Haushaltsgesetz im Laufe des Haushaltsjahres genehmigt;

Verfahren

7. schlägt vor, dass die einzelnen Arten von Rechtsakten nach folgenden Verfahren im Rahmen der Mitentscheidung angenommen werden:
 - die Gesetze und die Rahmengesetze werden im Rahmen der Mitentscheidung nach dem Verfahren des derzeitigen Artikels 251 EGV angenommen, wobei dieses Verfahren durch eine Vereinfachung und Straffung noch weiter gewinnen würde;
 - die Organgesetze müssen im Rahmen von Verfahren angenommen werden, die den Erfordernissen der Demokratie gerecht werden, was eine Beteiligung des Europäischen Parlaments im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens voraussetzt und dem Gebot der Effizienz genügen, was die Anwendung der Einstimmigkeit ausschließt, dem Gebot der Feierlichkeit, was eine herausragende Beteiligung des Rates, der in Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs tagt, an der Beschlussfassung voraussetzt; das für die Annahme dieser Gesetze vorzusehende Verfahren muss folglich das grundlegende Verfahren für die Annahme der Rechtsakte im Rahmen der Mitentscheidung sein, vorbehaltlich folgender Änderungen:
 - die Kommission könnte ihr Initiativrecht nur auf ausdrücklichen Antrag des Europäischen Rates ausüben,
 - das Organgesetz würde von einer verstärkten qualifizierten Mehrheit sowohl beim Parlament als auch beim Rat angenommen werden,
 - der endgültige Beschluss des Rates würde auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs gefasst, wobei der Rat darüber hinaus das Recht hätte, die Organe aufzufordern, das Verfahren in dem Stadium wieder aufzugreifen, das ihm angemessen erscheint;
8. schlägt in Bezug auf die Finanzgesetze vor,
 - dass die Gesetze über die Finanzielle Vorausschau von beiden Teilen der Haushaltsbehörde nach demselben Verfahren wie die gesetzgebenden Rechtsakte im Rahmen des Verfahrens der Mitentscheidung verabschiedet werden müssen,
 - dass der jährliche Haushaltsplan, ob ursprünglich oder berichtend, nach einem transparenteren und einfacheren Verfahren der Mitentscheidung angenommen werden muss, das identisch sein sollte für die Einnahmen und für sämtliche Ausgaben, da kein Grund mehr besteht, die Unterscheidung zwischen obligatorischen und nichtobligatorischen Ausgaben und den Ausschluss der Haushaltsbehörde von allen einnahmespezifischen Beschlüssen beizubehalten; der Haushalt muss ebenfalls die Ausgaben und Mittel des EEF umfassen, der künftig nicht mehr Gegenstand eines getrennten Haushalts sein darf;
9. ist jedoch der Auffassung, dass die Mitentscheidung in Haushaltsangelegenheiten nicht demselben Verfahren unterliegen kann wie die Mitentscheidung in gesetzgebenden

Bereichen, da die Möglichkeit einer endgültigen Ablehnung des Haushaltsgesetzes aufgrund einer Uneinigkeit zwischen Rat und Parlament nicht vorgesehen werden kann, da der Haushaltsplan innerhalb präziser Fristen angenommen werden muss; unterstreicht die Notwendigkeit einer Vereinfachung und einer größeren Transparenz des jährlichen Haushaltsverfahrens, was es ermöglichen könnte, dieses auf einen kürzeren Zeitraum zu konzentrieren; ist sich darüber im Klaren, dass verschiedene Optionen näher ins Auge gefasst werden könnten, um eine mögliche Uneinigkeit zwischen beiden Teilen der Haushaltsbehörde zu überwinden; dazu sollte beispielsweise entweder ein Mechanismus vorgesehen werden, bei dem die zur Deckung der legislativen und vertraglichen Verpflichtungen der Union erforderlichen Haushaltsmittel von Amts wegen veranschlagt werden, oder es sollte vorgesehen werden, dass dem Parlament innerhalb des engen Rahmens eines Höchstsatzes für eine nach Rubriken festgelegte Anhebung der Ausgaben im Vergleich zum vorangegangenen Haushaltsjahr ein „letztes Wort“ zugestanden wird; beide Ansätze könnten auch kombiniert werden;

10. ersucht in diesem Sinne seinen Haushaltsausschuss, möglichst bald einen Bericht über die Reform des Haushaltsverfahrens auszuarbeiten;

Hierarchie

11. ist der Auffassung, dass die Organgesetze der Verfassung entsprechen müssen, und dass die Gesetze, die Rahmengesetze und die Finanzgesetze der Verfassung und den Organgesetzen entsprechen müssen;
12. weist jedoch darauf hin, dass die haushaltsspezifischen Rechtsakte vier spezifische Probleme in Bezug auf die rechtliche Rangfolge aufwerfen, insbesondere:
 - die Finanzgesetze über die Finanzielle Vorausschau und über den Haushaltsplan müssen den Bestimmungen des Organgesetzes über die Haushaltsordnung entsprechen,
 - die Haushaltsbeschlüsse zu den Einnahmen müssen die Bestimmungen des Organgesetzes, mit dem die Eigenmittelregelung festgelegt wird, beachten, d.h. den Höchstbetrag der genehmigten Erhebungen, die Art, die Bemessungsgrundlage, die Einzelheiten der Beitreibung und gegebenenfalls die Höchstsätze der Steuereinnahmen und der Beiträge zum Haushalt der Union; allerdings sollte dieses Organgesetz hinreichend flexibel gestaltet sein, um der Haushaltsbehörde bei der Festlegung der zur Deckung der Ausgaben eines jeden Haushaltsjahres erforderlichen Einnahmen ausreichende Handlungsfreiheit zu belassen,
 - die in den gesetzgebenden Rechtsakten erstellten „für erforderlich erachteten Beträge“ müssen die Haushaltsbehörde teilweise binden; mit Ausnahme von Fällen, die durch die Notwendigkeit der Beachtung des Geistes des gesetzgebenden Rechtsakts begründet werden, darf die Haushaltsbehörde die in diesem Rechtsakt veranschlagten Beträge nicht überschreiten, sie muss aber befugt sein, diese Beträge nicht integral im Haushaltsgesetz zu veranschlagen, wenn sie dies für erforderlich hält,
 - die Haushaltsbehörde muss bei den jährlichen Haushaltsplänen die vom Gesetz über die Finanzielle Vorausschau festgesetzten Obergrenzen beachten, jedoch nur, sofern das entsprechende Gesetz im Rahmen der Mitentscheidung erlassen worden ist; die Obergrenzen können nach demselben Verfahren geändert werden;

Das durchführungsspezifische Segment

13. ist der Auffassung, dass die Regelungsbefugnis dazu dient, die Durchführung der gesetzgebenden Rechtsakte zu gewährleisten; ist in dieser Hinsicht der Auffassung, dass diese Befugnis der Kommission und den Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer jeweiligen territorialen Zuständigkeiten zukommen muss; ist jedoch der Auffassung, dass die von Rat und Parlament gebildete Legislative einer Fachagentur oder einem Selbstregulierungsorgan die Aufgabe übertragen kann, bestimmte technische Maßnahmen zur Umsetzung der Gesetze festzulegen;

14. erinnert daran, dass alle durchführungsspezifischen Rechtsakte den gesetzgebenden Rechtsakten entsprechen und der vom Gerichtshof ausgeübten allgemeinen Rechtmäßigkeitskontrolle unterliegen müssen;
15. erinnert daran, dass Artikel 202 EGV abgeändert werden muss, um die Verantwortung der Legislativbehörde, die auf völliger Gleichheit der Rechte zwischen Europäischem Parlament und Rat in Bezug auf die Definition der gesetzgeberischen Befähigung der Exekutivbehörde und die Kontrolle der Wahrnehmung der ihr übertragenen Befugnisse beruht, festzuschreiben, und dass es zweckmäßig ist, zu diesem Zweck ebenfalls einen Kontrollmechanismus in Form eines Rückrufrechts ("call back") vorzusehen;

Zusammensetzung

16. schlägt vor, dass die durchführungsspezifischen Rechtsakte in zwei Kategorien unterteilt werden:
 - Durchführungsbestimmungen zur Regelung der verfahrensrechtlichen Bedingungen für die Durchführung der gesetzgebenden und haushaltsspezifischen Rechtsakte; mit den Durchführungsbestimmungen wird keine zusätzliche oder ergänzende Norm in Bezug auf den gesetzgebenden Rechtsakt erlassen; sie sind das gemeinrechtliche Rechtsinstrument, über das die gemeinschaftliche Exekutive verfügt, um die Durchführung der Gesetze zu gewährleisten; sie fallen in die ausschließliche Zuständigkeit der Kommission, die gegebenenfalls beschließt, sich von einem aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammengesetzten beratenden Ausschuss unterstützen zu lassen,
 - im Wege der Delegierung erlassene Verordnungen ("delegierte" Verordnungen), die gemäß dem Gesetz und im Rahmen der gesetzlich festgelegten Grenzen die vom Gesetzgeber festgelegten Normen ergänzen; Verordnungen dieser Art können nur aufgrund einer Ermächtigung durch beide Teile der Legislative und unter deren Kontrolle erlassen werden; die legislative Ermächtigung muss den Gegenstand, die Grundsätze, die Zielsetzungen und die Grenzen der Delegierung festlegen; mit der Ermächtigung kann die Delegierung zeitlich befristet werden; die Legislative übt ihre Kontrollbefugnis über die "delegierten" Verordnungen aus;

Verfahren

17. ist der Auffassung, dass das Verfahren zur Annahme und zur Kontrolle von "delegierten" Verordnungen unterschiedlich sein muss, je nachdem ob der Gesetzgeber die Verantwortung dafür der Kommission oder aber einer besonderen Behörde, einer Fachagentur oder Selbstregulierungsorganen, überträgt; schlägt diesbezüglich folgende Leitlinien vor:
 - die der Kommission übertragene "delegierte" Verordnung wird dem Rat und dem Europäischen Parlament übermittelt; falls der Rat mit qualifizierter Mehrheit oder das Parlament mit der Mehrheit seiner Mitglieder innerhalb von drei Monaten Einwände gegen eine "delegierte" Verordnung erheben, so wird der betreffende Text dem Legislativverfahren (Mitentscheidung) unterworfen, in dessen Verlauf die Verordnung bestätigt, abgeändert oder aufgehoben werden kann, sofern die Kommission sie nicht zurückzieht;
 - die einem technischen oder fachlichen Gremium übertragene "delegierte" Verordnung, die auch als technische "delegierte" Verordnung bezeichnet werden könnte, soll beiden Teilen der Legislativbehörde unter denselben Bedingungen unterbreitet werden wie eine "delegierte" Verordnung der Kommission; die Kommission hätte jedoch dasselbe Recht wie die beiden Teile der Legislative, Einwände gegen den Entwurf zu erheben;

Sonderfälle

Normative Rechtsakte nach Titel VI EUV

18. schlägt vor, dass die in Artikel 34 EUV vorgesehenen rechtsverbindlichen Rechtsakte abgeschafft und durch gesetzgebende Rechtsakte ersetzt werden; stellt fest, dass manche besonders sensiblen Bereiche, insbesondere Fragen strafrechtlicher Art, die derzeit Gegenstand von Bestimmungen sind, die in Form von Übereinkommen angenommen werden, unter Beachtung des Grundsatzes der Mitentscheidung die Einführung einiger verfahrenstechnischer Besonderheiten beispielsweise in Bezug auf das Initiativrecht oder in Bezug auf die für die Annahme erforderlichen Mehrheiten rechtfertigen können;

Internationale Abkommen

19. ist der Auffassung, dass die von der Union abgeschlossenen internationalen Abkommen
- zur Gründung einer Assoziation mit einem oder mehreren Drittstaaten oder mit internationalen Organisationen,
 - zur Schaffung eines besonderen institutionellen Rahmens durch den Aufbau von Verfahren der Zusammenarbeit,
 - über die gemeinsame Handelspolitik,
 - zu Bereichen, die dem Verfahren der legislativen oder haushaltsspezifischen Mitentscheidung unterliegen,
 - vom Rat mit qualifizierter Mehrheit nach Zustimmung des Europäischen Parlaments verabschiedet werden müssen; die Verhandlungen werden von der Kommission auf der Grundlage eines vom Rat nach Konsultation des Parlaments erteilten Mandats geführt;
20. hält es unter Berücksichtigung der Tatsache, dass internationale Abkommen eine höhere rechtliche Stellung genießen als die internen Rechtsakte der Union, für erforderlich, dass deren Verfassungsmäßigkeit und deren Übereinstimmung mit den Organgesetzen genauestens überwacht werden; schlägt vor, dass das Recht auf Befassung des Gerichtshofs zur Abgabe einer Stellungnahme in Bezug auf die Verfassungsmäßigkeit eines internationalen Abkommens und dessen Übereinstimmung mit den Organgesetzen der Union auf das Europäische Parlament und sogar auf eine erhebliche Minderheit der Mitglieder des Parlaments ausgeweitet wird;

Vereinbarungen zwischen Sozialpartnern gemäß Artikel 139 EGV

21. ist der Auffassung, dass die in Artikel 139 des EG-Vertrags vorgesehenen Vereinbarungen auf Antrag der Sozialpartner von der Kommission genehmigt werden müssen; ist jedoch der Auffassung, dass die Genehmigung nicht erfolgen kann, wenn beide Teile der Legislative, Europäisches Parlament und Rat, sich mit qualifizierter Mehrheit dagegen aussprechen;
22. erinnert daran, dass die Vereinbarungen zwischen Sozialpartnern die Verfassung und die Organgesetze beachten müssen;

Interinstitutionelle Vereinbarungen

23. weist erneut darauf hin, dass die interinstitutionellen Vereinbarungen wichtige Instrumente zur Koordinierung und Organisation der Arbeitsbeziehungen zwischen den Organen sind; ist der Auffassung, dass diese Vereinbarungen den Bestimmungen der Verfassung und der Organgesetze entsprechen müssen; ist ferner der Auffassung, dass die Voraussetzungen zur Befassung des Gerichtshofs mit derartigen Vereinbarungen so ausgeweitet werden sollten, dass einer erheblichen Anzahl von Mitgliedern des Europäischen Parlaments dieses Recht zusteht, um dem Gerichtshof die Möglichkeit zu geben, seine Kontrolle noch wirkungsvoller auszuüben;

Koordinierung der nationalen Politiken

24. hält es für unverzichtbar, die in den Verträgen vorgesehenen Verfahren in Bezug auf die Maßnahmen zur Koordinierung der nationalen Politiken zu rationalisieren und zu strukturieren; schlägt daher insbesondere in den Fällen, in denen die Union für die Koordinierung zuständig ist, vor:
- dass die verbindlichen Maßnahmen die Form eines Rahmengesetzes erhalten;
 - dass die nichtverbindlichen Maßnahmen in Bereichen, die in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen würden, von beiden Teilen der Legislativbehörde in Form einer „Empfehlung der Legislative“ verabschiedet werden; dies wäre der Fall in Bezug auf die Grundzüge der Wirtschaftspolitik, die von der Kommission vorgeschlagen und vom Rat und vom Europäischen Parlament im Rahmen eines geeigneten Verfahrens genehmigt werden sollten;
25. wünscht, dass die Mitgliedstaaten ihre Verfahren der Zusammenarbeit in Bereichen, die in ihre Zuständigkeit fallen, durch eine politische Vereinbarung außerhalb des Vertrags formalisieren; erklärt sich damit einverstanden, dass ein Tätigwerden der Kommission in diesem Bereich vom Europäischen Rat beantragt werden kann, und bekräftigt das Recht des Europäischen Parlaments auf Zugang zu allen erforderlichen Informationen, da diese Formen der Zusammenarbeit die Umsetzung des gemeinschaftlichen Bereichs der gemeinsamen Strategie unweigerlich betreffen;
- o

o o
26. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission, den Parlamenten der Mitgliedstaaten und der Bewerberländer sowie dem Europäischen Konvent zu übermitteln.